
P R O T O K O L L
über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises
Cloppenburg am Donnerstag, dem 04.05.2017, 17:00 Uhr,
im DRK-Kreisverband Cloppenburg, Auf dem Hook 3, 49661
Cloppenburg (Eingang der Rettungswache, Schulungsraum im 2.OG)

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Dr. Sebastian Vaske

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordneter Rudolf Arkenau
3. Kreistagsabgeordneter Dr. Michael Hoffschroer
4. Kreistagsabgeordneter Herbert Holthaus
5. Kreistagsabgeordneter Klaus Karnbrock
6. Kreistagsabgeordnete Ursula Nüdling
als Vertreterin für
Kreistagsabgeordneten Riesenbeck
7. Kreistagsabgeordneter Theodor Schmidt
8. Kreistagsabgeordnete Ursula Thomée
9. Kreistagsabgeordnete Julia Wienken

Grundmandat

10. Kreistagsabgeordneter Michael von Klitzing

Zugewählte beratende Mitglieder

11. Beirat für Menschen mit Behinderung Jan-Gustav Ahlers
12. Verein der Integrationslotsen im Mina Amiry
Landkreis Cloppenburg e. V.
13. Landes-Caritasverband Dietmar Fangmann
14. Diakonisches Werk Marlies Kleefeld
als Vertreterin für
beratendes Mitglied Fisser
15. Paritätischer Cloppenburg Hans-Jürgen Lehmann
16. Deutsches Rotes Kreuz Michael Pahl
17. Arbeiterwohlfahrt Marianne von Garrel
als Vertreterin für
beratendes Mitglied Siebum

Verwaltung

18. Landrat Johann Wimberg
19. Erster Kreisrat Ludger Frische
20. Kreisoberamtsrätin Gabriele Schröder
21. Gleichstellungsbeauftragte Dr. Christina Neumann
22. RichterIn am VG Oldenburg Inga Popplow
23. Pressesprecherin Sabine Uchtmann
24. Jurist Marcus Wilm

Protokollführer/in

25. Kreisamtsrat Josef Potthast

Gäste

26. Vorsitzender des DRK-
Kreisverbandes Antonius Lamping

27. stellv. DRK-Kreisgeschäftsführer Oltmanns

28. Bereichsleiter Rettungsdienst Rempe

Es fehlte/n:

29. Kreistagsabgeordneter Christoph Eilers
30. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Fetzer
31. Diakonisches Werk Martina Fisser
32. Kreistagsabgeordneter Yilmaz Mutlu
33. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck
34. Arbeiterwohlfahrt Brigitte Siebum
35. Kreistagsabgeordneter Henning Stoffers
36. Kreistagsabgeordneter Gerd Stratmann

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Besichtigung der DRK-Rettungswache
5. Genehmigung des Protokolls
6. Antrag der Gruppe Grüne/UWG – Beratungsangebote für Werkvertragsarbeiter_innen ausweiten V-SOZ/17/064
7. Vorstellung der Arbeit der Schuldnerberatung im Landkreis Cloppenburg
8. Mitteilungen

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der stellv. Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske, eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren begrüßte er als Gäste Herrn Lamping, Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes, Herrn Pahl, DRK-Kreisgeschäftsführer, Herrn Oltmanns, stellv. Kreisgeschäftsführer und Herrn Rempe, Bereichsleiter Rettungsdienst, und sprach den Gästen seinen Dank dafür aus, dass die Sitzung des Sozialausschusses im Gebäude des DRK-Kreisverbandes Cloppenburg ermöglicht wurde.

Da die Sitzung im Gebäude des DRK-Kreisverbandes Cloppenburg stattfand, erteilte der stellv. Vorsitzende Dr. Vaske dem Vorsitzenden des DRK-Kreisverbandes, Herrn Lamping, das Wort.

Herr Lamping begrüßte die Mitglieder des Sozialausschusses in der DRK-Rettungswache und betonte, dass das gesamte Team des DRK-Kreisverbandes sich über den Besuch und die Gelegenheit, die Arbeit des DRK darzustellen, freue.

Herr Lamping verwies auf die vielen guten Kontakte zwischen dem Landkreis und dem DRK sowie auf die seit vielen Jahren bestehende enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er führte aus, dass sich die Aufgabenstellung und -erledigung des DRK in den zurückliegenden Jahren erheblich geändert habe. So hätten sich die Einsatzzahlen des Rettungsdienstes binnen weniger Jahre verdoppelt. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die beigefügte Übersicht (Anlage 1) verwiesen.

Landrat Wimberg dankte Herrn Lamping für die Möglichkeit, eine Sitzung vor Ort durchführen zu können, um einen Einblick in die Arbeit des DRK zu gewinnen. Er stellte fest, dass das DRK personell und organisatorisch sehr gut aufgestellt sei. Dieser Eindruck würde durch die neuen Räumlichkeiten noch unterstrichen. Landrat Wimberg dankte allen haupt- und ehrenamtlichen Helfern des DRK für ihre Arbeit und sprach ihnen seine Anerkennung aus. Er bat, dies allen Mitarbeiter/innen auszurichten.

Drei beratende Mitglieder des Sozialausschusses, Frau von Garrel (AWO), Frau Amiry (Integrationslotsen) sowie Herr Ahlers (Beirat für behinderte Menschen) nahmen das erste Mal an einer Sitzung teil. Nach einer Belehrung verpflichtete stellv. Vorsitzender Dr. Vaske die anwesenden beratenden Mitglieder zur Amtsverschwiegenheit, zum Mitwirkungsverbot und zum Vertretungsverbot.



2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Stellv. Vorsitzender Dr. Vaske stellte fest, dass Fragen bzw. Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde nicht vorlagen.

4. Besichtigung der DRK-Rettungswache

Herr Oltmanns, stellv. Kreisgeschäftsführer und Herrn Rempe, Bereichsleiter Rettungsdienst, führten die Ausschussmitglieder durch das Gebäude der Rettungswache und erläuterten sehr umfassend und eindrucksvoll die Arbeit des Rettungsdienstes.

Nach Abschluss der Besichtigung dankte stellv. Vorsitzender Dr. Vaske Herrn Oltmanns und Herrn Rempe für die anschaulichen und sehr interessanten Ausführungen.

5. Genehmigung des Protokolls

Die Niederschrift über die Sitzung am 17.11.2016 wurde einstimmig - bei einer Enthaltung – genehmigt.

6. Antrag der Gruppe Grüne/UWG – Beratungsangebote für Werkvertragsarbeiter_innen ausweiten Vorlage: V-SOZ/17/064

Dr. Neumann, Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung, Integration und Demografie (GDI), trug den Sachverhalt entsprechend der Vorlagen-Nr.: V-SOZ/17/064 vor.

Stellv. Vorsitzender Dr. Vaske dankte für die Ausführungen und bat um Wortmeldungen.

Kreistagsabgeordnete Thomee führte aus, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung in die richtige Richtung gehe. Es fehle aber die Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung des Landkreises an den Kosten für zusätzliche Beratungsangebote. Ohne eine Erklärung zur finanziellen Beteiligung sei es wahrscheinlich, dass zwar Gespräche geführt würden, diese aber ohne konkrete Ergebnisse blieben. Sie forderte, nun endlich handfeste Ergebnisse zu liefern.



Allein schon aus Gründen der Menschlichkeit sei ein deutliches Signal gegen die Ausbeutung von Menschen durch Missbrauch der Werkvertrags- und Leiharbeit notwendig.

Kreistagsabgeordnete Thomee forderte, den betroffenen Menschen über die Beratungsstelle die Möglichkeit zu geben, arbeitsrechtlich beraten und vertreten zu werden. Es gelte, ein menschenunwürdiges System zu bekämpfen, das nicht zu den Wertvorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft passe.

Abschließend verwies Kreistagsabgeordnete Thomee darauf, dass der Vorschlag der Gruppe Grüne/UWG vom 02.02.2017 unbedingt notwendig sei, weil dieser weitergehe als die Beschlussempfehlung der Verwaltung. Sie schlug vor, über den mit Schreiben vom 02.02.2017 gestellten Antrag abzustimmen.

Kreistagsabgeordneter von Klitzing bat um nähere Erläuterung zur Erhebung der Personenzahlen.

Erster Kreisrat Frische erläuterte, dass in der Vorlage die Daten der Meldeämter zum Aufenthalt von Personen aus EU-Osteuropa aufgelistet wurden. Inwieweit diese Zahlen verlässlich seien, könne er nicht angeben. Nach den Erfahrungen der Meldebehörden meldeten sich ausländische Bürger in der Regel wohl an, bei der Abmeldung würden aber nicht selten Versäumnisse festgestellt.

Schon vor rd. 2 Jahren habe der Landkreis versucht, belastbare Zahlen zu den Werkvertragsarbeitern bei den Firmen abzufragen. Dies habe aber nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis geführt. Daher seien in der Vorlage die Auswertungen der Meldeämter dargestellt.

Des Weiteren – so Erster Kreisrat Frische weiter - sei zu bedenken, dass in vielen Fällen auch oder vorrangig Beratung zu allgemeinen Fragen und Problemen notwendig sei, wie z.B. Anmeldung der Kinder zum Schulbesuch. Problematisch werde die Beratung, wenn Probleme zum Arbeitsvertragsrecht angesprochen würden. Hierbei sei darauf zu achten, dass keine Rechtsberatung in dem Sinne erfolge, die den Anwälten vorbehalten sei.

Erster Kreisrat Frische verwies darauf, dass der Landescaritasverband zurzeit an einem Projekt arbeite, das Lösungen für eine beschäftigungsbezogene Beratung von Werkvertragsarbeiterinnen und -arbeitern aufzeigen solle.

Auf Frage des Kreistagsabgeordneten von Klitzing erläuterte Erster Kreisrat Frische, dass die Meldepflicht dem einzelnen Bürger obliege. Die Firmen seien hierbei nicht in der Pflicht und könnten auch nicht mit Sanktionen belegt werden.

Erster Kreisrat Frische stellte die Frage in den Raum, was die Kommunen überhaupt in dieser Thematik tun könnten. Für ihn sei es zunächst wichtig, dass die gesetzlichen Möglichkeiten geändert werden müssten. Nach geltender Rechtslage müssten die Beratungsstellen bei Fragen zum Arbeitsrecht die Ratsuchenden an einen Anwalt verweisen.



Erster Kreisrat Frische schlug vor, abzuwarten, wie sich die Projektidee des Landescaritasverbandes entwickle. Zu gegebener Zeit könne sich der Landkreis ggf. daran beteiligen.

Kreistagsabgeordneter Arkenau erklärte, dass die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstütze. Er prangerte die vielfache Ausbeutung der Werkvertragsarbeiter an, musste aber einräumen, dass der gesetzliche Rahmen dies noch zulasse. Er bat, zu prüfen, wie weit sich der Landkreis einbringen könne. Des Weiteren schlug er vor, die Praktiker_innen der Beratungsstellen einzuladen, um deren Erfahrung für die weiteren Überlegungen zu nutzen.

Dr. Neumann, Leiterin GDI, begrüßte den Vorschlag, mehrere Praktiker_innen der Beratungsstellen im Landkreis zu diesem Thema einzuladen, um deren Kenntnisse und Daten zusammenzubringen.

Kreistagsabgeordneter Dr. Hoffschroer kritisierte ebenfalls den Missbrauch der rechtlichen Möglichkeiten zur Beschäftigung von Werkvertragsarbeitern und unterstützte die Bemühungen des Landkreises, dagegen vorzugehen. Der Werkvertrag sei dem Grunde nach eine erprobte arbeitsrechtliche Möglichkeit. Es gelte nun aber, den Missbrauch zu bekämpfen. Der Bund habe schon erste gesetzliche Schritte auf den Weg gebracht. Die CDU-Fraktion unterstütze die Beschlussempfehlung der Vorlage, erklärte Kreistagsabgeordneter Dr. Hoffschroer abschließend.

Beratendes Mitglied Fangmann nahm zum Projekt des Landescaritasverbandes hinsichtlich der Beratung der Werkvertragsarbeiter Stellung. Die Fäden der Projektidee würden bei ihm zusammenlaufen. In den ersten Gesprächen werde erkundet, wie die Praktiker den Bedarf sehen. Die Projektidee orientiere sich am Modell „Hausarztprinzip“. Dies bedeutet, dass soweit wie möglich an die Fachdienste verwiesen werden solle. Die Beratung der Werkvertragsarbeiter sei teils Sozialberatung, teils aber auch Rechtsberatung zum Arbeitsverhältnis. Hier stelle sich dann die Frage, ob ein Anwalt zur Verfügung stehen müsse. In Kürze würde die Arbeitsgruppe des Landescaritasverbandes sich treffen. Danach werde der Landkreis informiert.

Auf Frage der Kreistagsabgeordneten Nüdling erläuterte Dr. Neumann, Leiterin GDI, dass es ausreichend Kapazitäten im Bereich der Sozialberatung geben würde. Es gebe keine langen Wartezeiten. In der Gemeinde Essen seien gesonderte Beratungsmöglichkeiten für den Personenkreis der Werkvertragsarbeitenden vorhanden. Ansonsten seien die Beratungsstellen dezentral im Landkreis organisiert, so dass sie allen Ratsuchenden zugänglich seien.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock ergänzte, dass die Flüchtlingssozialarbeiter auch für die Beratung zur Verfügung stehen würden. Er bestätigte, dass bei den Werkvertragsarbeitern häufig allgemeine Sozialberatung notwendig sei. Die rechtliche Beratung sei allerdings ausgenommen, dazu müsse an einen Anwalt verwiesen werden. Abschließend äußerte er, dass die CDU-Fraktion die Überprüfung der Unterkünfte durch die Verwaltung unterstütze.



Stellv. Vorsitzender Dr. Vaske dankte für die Redebeiträge, schloss die Aussprache und stellte die vorliegenden Vorschläge, den Antrag der Gruppe Grüne/UWG vom 02.02.2017 sowie die von mehreren Kreistagsabgeordneten unterstützte Empfehlung der Verwaltung, zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss lehnte es in der ersten Abstimmung mit 1 Ja-Stimme, 1 Enthaltung und 6 Nein-Stimmen ab, dem Kreistag zu empfehlen, dem Antrag der Gruppe Grüne/UWG vom 02.02.2017 zu folgen.

Anmerkung: Der Kreistagsabgeordnete von Klitzing verfügt nur über ein Grundmandat und ist nicht stimmberechtigt. Sein Handzeichen konnte daher nicht gezählt werden.

Der Sozialausschuss beschloss in einer zweiten Abstimmung einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, die Verwaltung zu beauftragen, weitere Gespräche hinsichtlich eines zusätzlichen Beratungsangebotes für Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer zu führen..

7. Vorstellung der Arbeit der Schuldnerberatung im Landkreis Cloppenburg

Stellv. Vorsitzender Dr. Vaske erteilte den beratenden Mitgliedern Frau Kleefeld (Diakonie) und Herrn Fangmann (Landescaritasverband) das Wort, da sie die Aufgabe übernommen hatten, die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen im Landkreis darzustellen.

Beratendes Mitglied Fangmann erläuterte anhand einer *PowerPoint-Präsentation* wesentliche Daten sowie die Aufgabenstellung und die Arbeitsweise der Schuldnerberatungsstellen (Anlage 2). Er schloss seine Ausführungen mit einem Dank an den Landkreis für die Zuschüsse an die Schuldnerberatungsstellen.

Beratendes Mitglied Kleefeld berichtete zwei typische Fälle aus dem Beratungsalltag, um die Problematiken anschaulich darzulegen und deutlich zu machen, wie kreativ die Berater/innen versuchen, den Menschen zu helfen.

Das beratende Mitglied von Garrel (Schuldnerberaterin der AWO) ergänzte, dass die beschriebenen Fälle stellvertretend für viele ähnliche Fallkonstellationen bei allen Beratungsstellen stehen würden. Sie hob hervor, dass die Schuldnerberatung der Wohlfahrtsverbände den ganzen Menschen sehe und nicht nur das Schuldenproblem. Dies unterscheide die Schuldnerberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände von den gewerblichen Beratern. Insgesamt sei es sehr beeindruckend, wie gut die Schuldnerberatung im Landkreis aufgestellt sei.

Stellv. Vorsitzender Dr. Vaske dankte für die umfassende und anschauliche Vorstellung der Arbeit der Schuldnerberatung im Landkreis Cloppenburg und nutzte die Gelegenheit, allen Mitarbeiter/innen der Beratungsstellen im Namen des Sozialausschusses Danke zu sagen für die sehr gute Arbeit und den Einsatz für die Menschen im Landkreis.

Kreistagsabgeordneter Dr. Hoffschroer bat um Auskunft, wie die Schuldnerberatungsstellen im Vergleich zu anderen Landkreisen dastehen würden.

Beratendes Mitglied Kleefeld entgegnete, dass es bei den Beratungsstellen im Landkreis Cloppenburg keine längeren Wartezeiten geben würde. In 2 - 3 Wochen könnten die Ratsuchenden in der Regel einen Termin für das erste Beratungsgespräch erhalten. Eilige Fälle würden jederzeit vorgezogen, es würden auch Hausbesuche gemacht.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock verwies darauf, dass die Beratungsstellen schon vor mehreren Jahren Qualitätsstandards verfasst hätten, die auch die zeitnahe Aufnahme der Beratung beinhalten würden. Diese Qualitätsstandards seien auch Bestandteil der Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis. Die Bezuschussung durch den Landkreis sei modellhaft.

8. Mitteilungen

Amtsleiterin Schröder erinnerte daran, dass sich der Kreistag in seiner Sitzung am 21.06.2016 auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerberleistungsempfänger/innen befasst habe (TOP 7). Der Kreistag habe die Einführung seinerzeit abgelehnt, die Verwaltung aber gebeten, die Umsetzung - insbesondere die Erfahrungen anderer Kommunen in Niedersachsen - im Auge zu behalten und nach Ablauf eines Jahr darüber dem Sozialausschuss zu berichten.

Amtsleiterin Schröder teilte mit, dass in Niedersachsen bislang nur eine Kommune die Gesundheitskarte für Asylbewerber eingeführt habe; dies sei die Stadt Delmenhorst. Dort sei die Einführung aber auch erst zum Jahresbeginn 2017 erfolgt, so dass ein Erfahrungsbericht noch nicht vorliege. Im Übrigen bestünden landesweit weiterhin die im vergangenen Jahr benannten Bedenken.

Um 19:20 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer/in